

Kommunale Selbstverwaltung ist ein Farce

Zur Diskussion über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen:

Im Laufe der letzten Wochen und Monate wird immer ersichtlicher, dass die Kommunen vom Land Niedersachsen im Stich gelassen werden, hier ist besonders die Landesregierung mit SPD/CDU (Stefan Weil, Boris Pistorius, Bernd Althusmann) gemeint.

Zumindest die CDU hat ihr Wahlversprechen auf Abschaffung der Straßenausbaubeitrag für die Hauseigentümer an Dorfstraßen gebrochen. Alle anderen Straßen werden aus Steuermitteln ausgebaut. Nur die Gruppe Eigentum in einer Dorf-/Stadtstraße, die sollen zahlen!

Und auch die Grünen/Bündnis 90 müssen sich fragen, ob sie noch wissen wie Bürger in kleinen Dörfern leben. Die sind nicht reich, sie möchte im Eigenheim wohnen und nicht in einer kleinen Mietwohnung, aus der viel Geld rauskommen soll.

In der Landeshauptstadt Hannover und dem Speckgürtel drumherum gibt es diese Gebühren auch nicht mehr. Warum?

In Niedersachsen, also auch im Kreis Nienburg, muss jede noch so kleine Gemeinde mutige Bürger finden, die bereit sind, sich gegen diese Straßenausbaubeiträge zu erheben, ansonsten schreibt die Gemeinde die Rechnung über locker 10 000, 20 000 Euro, nach oben sind keine Grenzen. Es gibt Bescheide über 260 000 Euro in Bünde bei Osnabrück.

Es ist also eine ausgeklügelte menschenverachtende Politik, die da getrieben wird. Reiche Kommunen haben kein Problem damit, Straßen neu auszubauen. Aber was ist mit der ländlichen eher armen Region? Sind die Bürger mal wieder die Dummen? Weder Digitalisierung funktioniert noch Nahverkehr.

Aber ins Portemonnaie darf nach Paragraf 6 Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz die Gemeinde hemmungslos greifen. Im Privatbereich nennt man das „Diebstahl“.

Überall im öffentlichen Leben darf der Bürger für sich entscheiden. Er darf entscheiden ob und was er einkauft. Er darf entscheiden, welchen Beruf er lernen möchte, welchen er ausüben möchte. Der Bürger darf auch entscheiden, ob er zu einer

Kirche oder Kirchengemeinschaft gehören möchte. Nur bei dem Bau von Straßen darf der Eigentümer des Hauses nicht entscheiden. Da langt die Kommune einfach mal zu. Die Mieter werden die Mieterhöhung wegen der Straßenausbaubeiträge schon spüren.

Möchten jetzt Politiker die Kosten auf alle Eigentümer an Bundes-, Landes-, Kreisstraßen umlegen, fürchten sie Proteste! Wofür zahlen wir eigentlich Steuern? Für die Autoindustrie und deren Aktiönäre, die den Start für Fahren mit alternativen Energien versäumt haben, für Banken und Anleger, die sich gern verspekulieren? Wir Steuerzahler haben den Soli Aufbau Ost gezahlt. Wie wäre es, wenn alle Steuerzahler für Straßen in kleinen Kommunen zahlen?

Was sagte Bernd Althusmann: „Straßen sind Aufgabe von Bund und Land.“ Handelt danach! Die FDP hat zur Kommunalwahl 2017 einen Vorschlag eingebracht. Meine Aufforderung für alle Kommunalpolitiker und Landespolitiker: Setzt euch für die Bürger ein! Weg mit Straßenausbaubeiträgen!

Gabi Sosniza,
Leese